

Wieder Wahlen in Israel – der gesamte politische Zirkus tanzt nach Netanyahus Pfeife

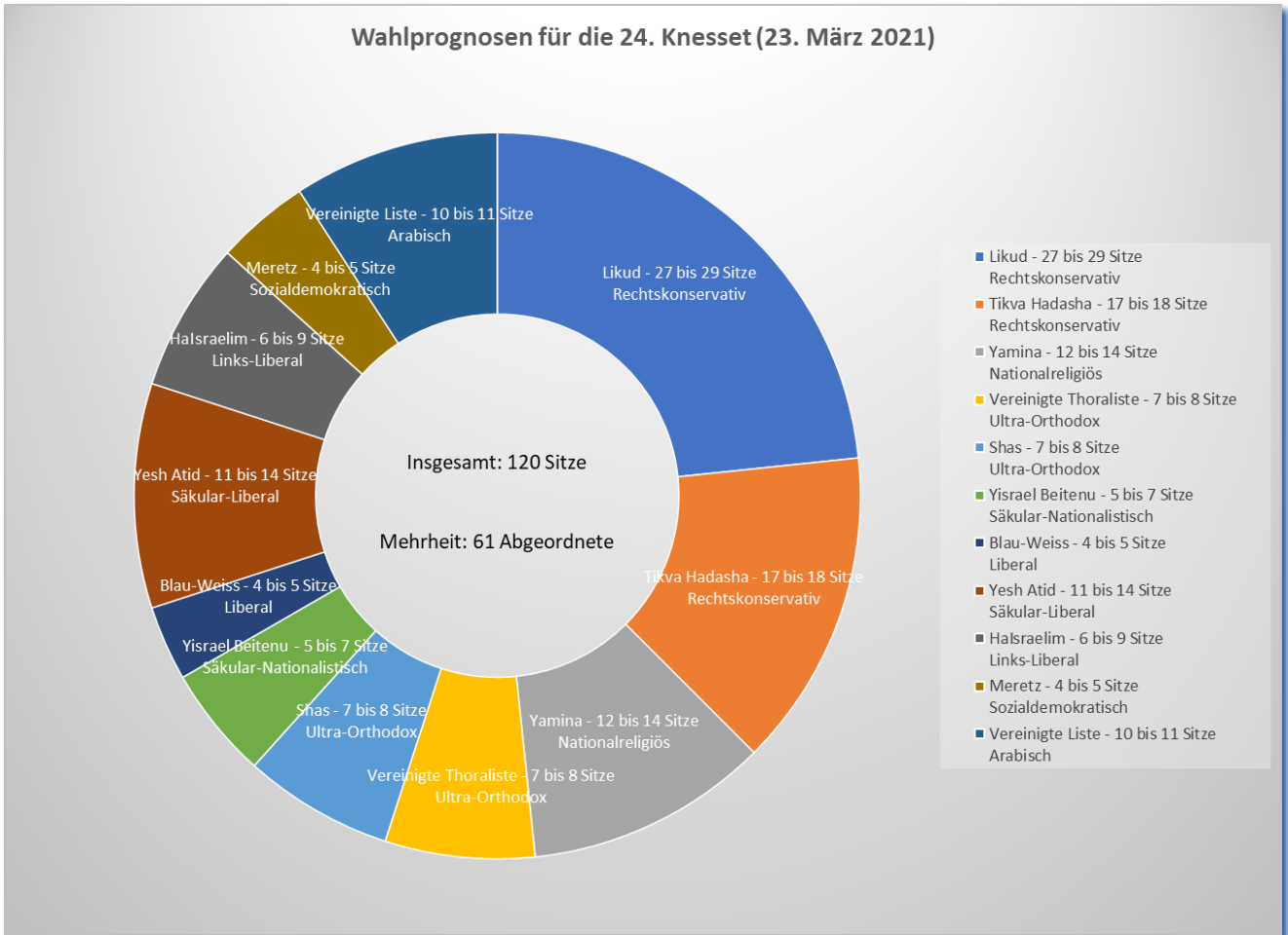
Von Micky Drill, FES-Israel, 11.1.2021

Zum vierten Mal innerhalb von nur zwei Jahren werden Israels Bürger_innen am 23. März ein neues Parlament wählen müssen. Die Knesset in Jerusalem löste sich mit Ablauf der Frist über eine Entscheidung über den Haushalt 2020 selbst auf. Diese vorgezogenen Neuwahlen bedeuten gleichzeitig das Ende der Regierung des nationalen Notstandes, die weniger als ein Jahr amtieren wird. Dieses Megagebilde, bestehend aus 36 (!) Minister_innen wurde nach Aussage beider Koalitionspartner, dem rechtskonservativem Likud und der Mitte-Links Fraktion Blau-Weiß, geschaffen, um die Herausforderungen der Covid-19-Pandemie zu bewältigen. Der Koalitionsvertrag beschrieb nicht nur den Mechanismus für die nächsten drei Regierungsjahre, sondern gab beiden Kontrahenten, Ministerpräsident Benjamin Netanyahu und seinem Stellvertreter und Verteidigungsminister Benny Gantz, auch Garantien um zu unterbinden, dass der jeweils andere die Zügel der Macht gänzlich an sich reißen kann. Dazu zählten Maßnahmen, die verhindern sollten, dass z.B. Netanyahu eine weitere Wahl anberaumt oder dass Gantz die Funktion des Regierungschefs vorzeitig übernimmt (laut Koalitionsabkommen hätte er im November 2021 das Amt des Ministerpräsidenten übernehmen sollen). Dies für den Fall, dass der Oberste Gerichtshof die bei ihm anhängigen Anträge, dem wegen Betrug, Korruption und Amtsmissbrauch angeklagten Netanyahu die Amtsausübung zu untersagen, positiv bescheiden sollte. Auf Forderung von Blau-Weiß wurde im Gegenzug vereinbart, dass ein Zweijahresbudget für 2020 und 2021 durch die Knesset verabschiedet werden müsse. Die ursprüngliche Deadline dafür von Ende August wurde schließlich auf den 23. Dezember verschoben. Als an diesem Tag, auf Grund von schwersten Meinungsverschiedenheiten zwischen den Koalitionspartnern, nicht einmal über 2020 entschieden wurde, löste sich das

Parlament automatisch auf. Damit hatte Netanyahu vermeintlich wieder mal zwei Ziele erreicht: zum einen, einen für ihn günstigen Wahltermin festzulegen und zum anderen seinen bisher größten politischen Rivalen, Benny Gantz und Blau-Weiß, so gut wie zu zerstören. Der 71-jährige Ministerpräsident punktet aktuell mit der erfolgreichen Impfkampagne gegen Corona. Israel ist weltweit das Land, das zum jetzigen Zeitpunkt den höchsten Anteil seiner Bevölkerung geimpft hat. Zudem kann er sich im Wahlkampf auf außenpolitische Erfolge, wie die Friedens- bzw. Annäherungsabkommen mit den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrain, Sudan und Marokko berufen. Dagegen ist Gantz' Bündnis so gut wie zerfallen. Die Abgeordneten und Minister von Blau-Weiß sind inzwischen auf nicht weniger als auf vier bestehende und neue Parteien zerstreut, nämlich auf Yesh Atid (es gibt eine Zukunft), die bis zum Koalitionsbeitritt Gantz' einen wichtigen Teil von Blau-Weiß bildete, auf Telem (die Furche), eine Partei, die sich wiederum von Yesh Atid abgespalten hat, und auf die neue Liste, Halsraelim (die Israelis). Nur ein paar mutige, treue Weggefährten_innen, wie die Ministerin für strategische Affären und Tourismus, Orit Farhash-Hacohen blieben bei Blau-Weiß, die laut Umfragen von 34 auf fünf Sitze abstürzt.

Inzwischen hat Gantz alle Parteien des Mittel-links Blocks aufgefordert, bei den anstehenden März-Wahlen als gemeinsame Liste zu kandidieren. Er selbst, so Gantz, hätte bei diesem Konstrukt keinen Führungsanspruch.

Am 4. Februar müssen alle Listen bei der Wahlkommission ihre Kandidatur eingereicht haben. Bis dahin ist zwar noch ein wenig Zeit, doch bereits jetzt ist klar, dass es bei den nächsten Wahlen wieder einmal eine deutlich veränderte Parteienkonstellation geben wird.



Die bedeutendste Änderung im rechten politischen Lager ist die Gründung einer neuen Partei, Tikva Hadascha (Neue Hoffnung). Netanyahus ehemaliger innerparteilicher Rivale und ein Urgestein des Likud, Ex-Minister Gideon Sa'ar, verließ mit vier weiteren amtierenden Abgeordneten den Likud. Ideologisch gibt es keine Unterschiede zwischen den beiden Parteien, einzig persönliche Abneigungen zwischen Netanyahu und Sa'ar haben zur Abspaltung innerhalb des Likud geführt. Tikva Hadascha erhält laut letzten Umfragen zwischen 17 und 18 Mandate und stellt damit für den führenden Likud (27-29 Mandate) im Moment den größten Herausforderer da. Kopfschmerzen dürfte Netanyahu vor allem die Absichtserklärung Sa'ars bereiten, dass er ein Zusammengehen mit Netanyahu als Ministerpräsidenten kategorisch ausschließt – ein Versprechen, das allerdings auch schon Gantz gebrochen hatte. Falls sich die Umfragen

bewahrheiten sollten, wäre die Bildung eines Blocks von rechten und religiösen Parteien unter Netanyahu und ohne Einschluss von Tikva Hadascha nicht möglich, ein Problem für den Ministerpräsidenten, der eine Mehrheit in der Knesset anstrebt, die ihm Immunität vor Strafverfolgung im bereits laufenden Gerichtsverfahren verleiht. Hoffnung kann er immerhin von der drittstärksten Partei, der nationalreligiösen Yamina (nach rechts) unter dem ehemaligen Verteidigungsminister Naftali Bennett, der seine politische Karriere einst als Netanyahus Büroleiter begann, schöpfen. Mit ihren 12-14 Mandaten schließen sie einen Koalitionsbeitritt unter Führung Netanyahus nicht aus. Die beiden ultraorthodoxen Parteien Schas und Vereinigte Thoralisten (gemeinsam 14-16 Mandate) sind ohnehin treu an der Seite des amtierenden Premierministers.

Noch verfilzter sieht die Lage im Zentrum und im linken Lager aus: von der, laut allen Prognosen, zur Kleinstpartei zusammengeschrumpften Blau-Weiß ist außer Benny Gantz selbst nicht viel übriggeblieben. Davon profitiert vor allem die wirtschaftsliberale Partei des ehemaligen Finanzministers Yair Lapid, Yesh Atid, die bei den letzten drei Parlamentswahlen noch eine Wahlliste mit Gantz bildete. Nachdem dieser jedoch der Regierung beitrug, blieb Yesh Atid in Opposition. Wären heute Wahlen, würde sie zwischen 11 und 14 Sitze erhalten. Darüber hinaus wurden einige neue Parteien auf der Linken gegründet, die meisten davon ohne reelle Chancen auf einen Einzug ins Parlament. Eine Ausnahme bildet die neue Partei HaIsraelim, geführt vom amtierenden langjährigen sozialdemokratischen Bürgermeister Tel Avivs, Ron Huldai. Auf Grund seiner positiven Bilanz als Lokalpolitiker ist dieser wohl heute der populärste Politiker auf der um ihr politisches Überleben kämpfenden israelischen Linken. Der 76-jährige vertritt ein säkulares, weltoffenes Israel an der Seite eines unabhängigen palästinensischen Staates. Gleich hinter ihm auf seiner Liste befindet sich der ehemalige Gewerkschaftsvorsitzende Avi Nissenkorn, der bis vor wenigen Tagen als Justizminister von Blau-Weiß in der Regierung des nationalen Notstandes fungierte. Nach einem ideologischen und persönlichen Zerwürfnis mit Benny Gantz wechselte er zu den Israelim. Letzten Umfragen zu Folge würde diese Partei auf Anhieb zwischen 6 und 9 Sitze erhalten. Klar verlieren würde die Vereinigte (arabische) Liste, ein Zusammenschluss aus vier ideologisch unterschiedlichen Parteien der arabischen Minderheit. Statt ihrer stolzen 15 Sitzen in der jetzigen Knesset käme sie allen Umfragen zufolge derzeit auf höchstens 11 Sitze. Der Grund dafür scheint wohl in Abspaltungstendenzen der Islamisten zu liegen, die im Unterschied zu den drei anderen Bündnis-Parteien, eine Kooperation mit dem Likud und mit Netanyahu selbst nicht ausschließen. Laut Beobachtern ist das Motiv dafür ein rein pragmatisches: Netanyahu verspricht mehr Ressourcen für die arabische

Bevölkerung und erwartet sich dadurch die Stimmen der Islamisten in der Knesset für seine Immunität. Auf der anderen Seite zeigt es auch die hohe politische Flexibilität des dienstältesten israelischen Premierministers, der jahrelang Wahlkampf auf dem Rücken der israelischen Araber_innen machte und nun jedoch bereit wäre, sich als erster israelischer Premier überhaupt von einer der arabischen Parteien, den Islamisten zudem, wieder ins Amt wählen zu lassen.

Wie aus der bisherigen Analyse vielleicht schon zu erkennen ist, werden im Mittelpunkt des angehenden Wahlkampfes nicht weltanschauliche Themen stehen, sondern wieder einmal zuvorderst die Frage: Netanyahu ja oder nein? Und hier scheinen zurzeit die Netanyahu-Gegner eine Mehrheit zu haben. Während das Zentrum und die Linke eine Regierungsbeteiligung unter Netanyahu als Ministerpräsidenten klar ablehnen, sind sowohl die Rechte, als auch die arabischen Parteien in diesem Punkt gespalten. So erklärt etwa die strikt säkular nationalistische Partei Israel Beytenu (unser Haus Israel) unter Avigdor Lieberman, die immerhin zwischen fünf und sieben Sitzen schwankt und zuvorderst von russischstämmigen Einwanderern gewählt wird, dass sie auf keinen Fall solch einer Regierung beitreten würde. Einzig die jüdisch religiösen Parteien sehen in solch einem Schritt kein Problem.

Freilich müssen diese Umfragewerte mit großer Vorsicht behandelt werden, denn die zehn Wochen bis zu den Wahlen am 23. März sind in der israelischen Politik eine Ewigkeit. Laut einer Umfrage des Israel Democracy Institute gaben nur 47 Prozent der Befragten an, sie würden dieselbe Liste wie beim letzten Mal wählen. Klar auffallend: je religiöser und rechter eine Partei ist, desto stabiler ihre Stammwählerschaft.

Wie sieht es jedoch mit den beiden Schwesterparteien der SPD, der Avoda und der linkssozialistischen Meretz aus?

Beginnen wir mit den guten Nachrichten: Meretz hat die Lehren aus den vergangenen Wahlgängen gezogen und tritt nun wieder als eigene Liste an. Bei den Wahlen vor einem Jahr trat sie noch auf einer gemeinsamen Liste mit der sozialdemokratischen Arbeitspartei und der sozial-liberalen Gescher an. Sie hat auf Vorwahlen (Primaries) verzichtet und eine interessante Liste zusammengestellt. Parteivorsitzender Nitzan Horowitz wird die progressive Partei in die Wahlen führen, gefolgt von der ehemaligen Parteichefin Tamar Zandberg, wobei auf den Plätzen vier und fünf Vertreter_innen der arabischen Minderheit platziert sind. Dadurch hofft Meretz Teile dieser wichtigen Wählerschaft, die bei den letzten Wahlen in erster Linie die Vereinigte (arabische) Liste wählte, zurückzugewinnen. Es darf davon ausgegangen werden, dass sie den Einzug ins Parlament schafft. Laut Umfragen würde sie, wären heute Wahlen, zwischen vier und fünf Sitze erhalten.

Ganz anders die Situation bei der Avoda: die ehemalige stolze Arbeitspartei befindet sich in der tiefsten Krise ihrer Geschichte. Es gibt derzeit keine Umfrage, in der die Partei die Sperrklausel von 3,25 Prozent auch nur annähernd erreicht. Noch ist unklar, ob die Partei als eigene Liste zu den März-Wahlen antreten, oder, wie in den vergangenen Wahlen, sich einer anderen Partei des Mitte-Links Blocks anschließen wird. Der amtierende Parteivorsitzende, Wirtschafts- und Industrieminister Amir Peretz, kündigte bereits an, seine Partei nicht in die nächsten Wahlen führen zu wollen. Die ehemalige Fraktionsvorsitzende Merav Michaeli, eine Gegnerin des Beitritts ihrer Partei in die

Regierung des nationalen Notstandes, ist somit zurzeit die einzige Kandidatin für diese Funktion. Doch es ist noch nicht einmal klar, wie der/die Vorsitzende und die Kandidat_innenliste zur Knesset gewählt werden. Vergangenen November stimmte der Parteitag dem Vorschlag Amir Peretz' und des Generalsekretärs Eran Hermoni zu, die Primaries, in der alle Parteimitglieder sowohl den Parteivorsitzenden, als auch die Reihenfolge der Kandidat_innen für die Knesset wählen, abzuschaffen. Einzig der aus rund 4000 Delegierten bestehende Parteitag sollte ab sofort diese Entscheidungen treffen dürfen. Michaeli rief daraufhin das Gericht an, das diesen Beschluss für ungültig erklärte. Daraufhin wurden zwei Termine für die Primaries festgelegt: am 24. Januar sind alle Parteimitglieder aufgerufen, die Liste ihrer Kandidat_innen zur Knesset zu wählen, und am 1. Februar den neuen Parteivorsitzenden zu bestimmen. Doch bis dahin gibt es noch eine juristische Hürde zu überwinden: die Parteigremien haben beim Obersten Gerichtshof gegen das Abhalten der Primaries Berufung eingereicht, die Entscheidung darüber wird spätestens am 21.1. gefällt werden.

Neben Michaeli könnte sich auch Sozial- und Arbeitsminister Itzik Shmuli für das Amt des Parteivorsitzenden bewerben. Doch obwohl der junge aufstrebende Politiker gute Chancen hätte, dieses zu erobern, steht er vor einem Dilemma: eine Partei anzuführen, die wohl keine realen Chancen hat, in die nächste Knesset einzuziehen, oder einer chancenreicheren Partei beizutreten, und sich somit einen sicheren Platz im Parlament, und vielleicht auch in der nächsten Regierung, zu sichern.